Synergien nutzen und Herausforderungen gemeinsam angehen

Gemeinderat diskutiert über Zukunft des Hohner-Konservatoriums

Kommunalpolitik besteht oft auch aus strategischen Überlegungen und langfristige Planungen. Nicht immer sind die Entscheidungen, die getroffen werden müssen auf den ersten Blick populär. Doch Bürgermeisterin und Gemeinderat müssen dafür sorgen, dass Trossingen nicht nur im Hier und Jetzt gut aufgestellt ist, sondern auch in Zukunft. Wenn es dann noch gelingt, auch schwierige Themen in die richtige Richtung zu drehen, dann zeigt dies einmal mehr, warum die Arbeit des Gemeinderats so wertvoll ist. Am Montagabend befasste sich der Rat unter anderem mit den strukturellen Problemen des Hohner-Konservatoriums und der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft.

Das Hohner-Konservatorium ermöglicht es seit fast 100 Jahren Musikern mit einem mittleren Bildungsabschluss eine Ausbildung zum staatlich anerkannten Akkordeonlehrer zu absolvieren und danach als Musiklehrer arbeiten zu können. Doch weil auch an den Musikschulen sich weniger Kinder fürs Akkordeon begeistern, nimmt auch die Zahl der jungen Menschen ab, die Akkordeon-Lehrer werden möchten. So kommt es, dass auch die Anmeldezahlen am Hohner-Konservatorium seit 2009 zurückgehen. Derzeit hat die Schule nur noch 29 Schüler. Im Vergleich dazu, waren die Zahlen bis 2018 zumindest stabil bei 45-55Schülern. Damit die Schule, die als gemeinnützige GmbH geführt wird, bestehen kann, müssen die Zuschüsse der Gesellschafter, der Matth. Hohner GmbH, des Landkreises und der Stadt Trossingen, daher immer wieder erhöht werden. Denn auch bei weniger Schülern pro Jahrgang müssen, dann eben in kleineren Gruppen, die gleichen Lehrinhalte vermittelt werden. Kurzum: Werde alles beim Alten belassen, so Bürgermeisterin Susanne Irion, halte das Konservatorium finanziell noch sechs Jahre durch, danach seien alle liquiden Mittel aufgebraucht und die Trossinger Institution am Ende. Die Stadt schießt derzeit knapp 100.000 Euro jährlich in das Konservatorium. Geld, mit dem sich baulich auch beispielsweise zwei Kindergartengruppen finanzieren ließen.

Ein solches Ende gilt es zu verhindern, darüber herrschte Einstimmigkeit im Trossinger Rat und so entschied sich die Mehrheit nach einer längeren Diskussion dafür, dass im kommenden Ausbildungsjahr keine neuen Schüler aufgenommen werden sollen, um eine Umstrukturierung gezielt angehen und Perspektiven schaffen zu können. Die verbleibenden Schüler können derweil ihre Ausbildung fortsetzen. Eine Lösung scheint sich bereits abzuzeichnen: Das Kons, wie viele Trossinger es fast schon liebevoll nennen, könnte an die Bundesakademie andocken und so Synergien genutzt werden.

In den kommenden Monaten kommt also viel Arbeit auf das Hohner-Konservatorium selbst, aber auch auf die Gesellschafter und die Bundesakademie zu. Gemeinsam werden sie daran arbeiten, die beste Lösung für zu finden. Als sachkundige Einwohnerin wurde die Vorsitzende des Fördervereins des Konservatoriums in die Diskussion miteinbezogen, die die Beschlüsse in der gefassten Form begrüßte.

Neue Lösungen für bestehende Konstrukte bedarf es auch bei der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft zwischen Trossingen, Gunningen, Durchhausen und Talheim. Die Verwaltungsgemeinschaften wurden zwischen Kommunen vor allem im Zuge der Gebietsreform 1974/1975 begründet. Ziel war es, eine effizientere Aufgabenerledigung und ein höherer Grad an Spezialisierung für immer komplexer werdende Verwaltungsaufgaben zu erreichen. Kleinere Gemeinden gaben Aufgaben an größere ab, im Gegenzug billigte das Innenministerium den selbständigen Fortbestand der kleineren Gemeinden. So übernimmt Trossingen für Gunningen und Durchhausen zum Beispiel Aufgaben aus den Bereichen Meldewesen, Baurechtsbehörde, Abgaben-, Rechnungs- und Kassengeschäfte, Lohnbuchhaltung, EDV und Wahlen und Abstimmungen. Talheim, das erst später zur Verwaltungsgemeinschaft kam, trägt mehr Aufgaben selbst.

Da sich in den vergangenen Jahrzehnten die Aufgabenfelder stark verändert haben, müssen nun die Vereinbarungen an die aktuellen Umstände angepasst werden. Bildeten in den 70er Jahren zum Beispiel noch wenige Schreibmaschinen die technische Ausrüstung der Rathäuser, gilt es mittlerweile komplexe EDV-Anlagen aufzubauen und anspruchsvolle Software auf dem aktuellen Stand zu halten.

Seit 1995 zahlen Durchhausen und Gunningen pro Einwohner 48,75 Euro an die Stadt Trossingen, quasi als Bezahlung der Aufgaben, die für sie dort übernommen werden. Doch dieser Satz wurde, trotz Lohnsteigerungen in Höhe von derzeit 50 Prozent, nie angepasst. Doch nicht nur die finanziellen Fragen, auch die genaue Festlegung der Rechte und Pflichten aller Beteiligten muss neu austariert und geklärt werden. Als Beispiel nannte Bürgermeisterin Susanne Irion Spaichingen, das einen vergleichbaren Anpassungsprozess in seiner Verwaltungsgemeinschaft im Ergebnis fair und befriedigend durchlaufen hat.

Überzeugt davon, dass auch Trossingen einen solchen Weg beschreiten kann, gab der Gemeinderat der Bürgermeisterin den Auftrag, partnerschaftlich die Reform der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft voranzutreiben.

Die nächste öffentliche Sitzung des Gemeinderats findet am Montag, 6. Februar, 17 Uhr, im Rathaus statt.